



INTERPELLATION

Urheber Michel Cretton, PLR/FDP
Gegenstand Muss die Gämse erst aussterben, bevor gehandelt wird?
Datum 16/09/2022
Nummer 2022.09.388

In der Maisession 2022 wurde ein Postulat (POS_2021.11.462) eingereicht, mit dem eine Änderung verschiedener Vorschriften zur Regulation dieser Tierart gefordert wird.

Obwohl alle Fraktionen anerkannt haben, dass nicht unbedingt das Parlament dafür zuständig ist, haben sie gleichwohl und einstimmig ihre Besorgnis angesichts der sinkenden Gamsbestände zum Ausdruck gebracht. Einige von ihnen haben dem Staatsrat zudem ausdrücklich nahegelegt, diese Problematik ernst zu nehmen, bevor es zu spät ist!

Das aktuelle System sieht lokale Einschränkungen vor (Beschluss über die Ausübung der Jagd im Wallis 2022–2023, SGS/VS 922.110, Art. 18) und erlaubt lediglich den begrenzten Abschuss von Tieren bestimmter Alters- und/oder Geschlechtskategorien, was die Abschussmöglichkeiten in diesen besonderen und abgegrenzten Zonen verringert.

Leider schafft diese Situation offensichtliche Ungleichgewichte: Die Randregionen, in denen keine Einschränkungen gelten, werden dadurch attraktiver und folglich während der Jagdsaison regelrecht überrannt. Die Fachleute haben dieses Problem der zuständigen Dienststelle wiederholt gemeldet und vor einer Beeinträchtigung von zurzeit noch relativ gesunden Zonen gewarnt. Angesichts dieser Abschusszahlen, die in den Randregionen deutlich höher sind als vor der Einführung dieses Systems, befürchten wir, dass die Gämse schon sehr bald im ganzen Kanton vom Aussterben bedroht sein wird.

Selbst einige der Jäger/-innen verstehen die aktuelle Laisser-faire-Haltung nicht und erwarten vom Staatsrat, dass er seine Verantwortung wahrnimmt.

Schlussfolgerung

Wird der Staatsrat die Gamsproblematik angehen, bevor es zu spät ist, wie es ihm das Parlament im Mai dieses Jahres nahegelegt hat?

Will der Staatsrat ein ausgewogenes System für den ganzen Kanton einführen, das keine offensichtlichen Ungleichgewichte schafft - Ungleichgewichte, die den noch relativ gut erhaltenen Zonen schaden, während andere einen partiellen Schutz geniessen?

Ist der Staatsrat bereit, das Gamsmanagement im Interesse dieser Tierart und ungeachtet der Begehrlichkeiten gewisser Lobbygruppen komplett zu überdenken?